Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. zuzüglich Abtraggebühr. Einzelnummern 10 Pfg. Alle Postanstalten, Träger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 3gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen

Nr. 21. — 84. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Sonntag den 25. Januar 1925

Französisches Scheinturnier.

Man hat natürlich auch prophezeit, daß ein Kabinett Luther in Deutschlannd das Bestehen des Kabinetts Herriot in Frankreich arg gefährden würde. Wie die meisten politischen Prophezeiungen, so ist auch diese falsch. Herriot hat sich soeben mit seinen parlamentarischen Gegnern in der Kammer auseinandergesetzt, und man hat nicht die Empfindung, daß er sich irgendwie bedroht fühlt. Eher ist das Gegenteil richtig. Denn er hat in seiner Rechnung den Aktivposten aufzuweisen, daß die politische Isolierung Frankreichs in den letzten Monaten der Poincaré-Regierung nun wieder einem guten Verhältnis mit England gewichen und daß die Entente jetzt wirklich wieder ganz „concordale" ist. Dann hat er den Nationalisten gegenüber auch noch die Möglichkeit, auf die Nichträumung ebenso des Ruhrgebietes wie der Kölner Zone hinzuweisen —, was soll ihm also geschehen? Vielmehr geht er jetzt daran, die alte Politik eines Combes-Briand wieder aufzunehmen, nämlich die Durchführung der Trennungsgesetze von Kirche und Staat und ihre Ausdehnung auf Elsaß-Lothringen.

Die Elsaß-Lothringer haben nationalistisch gewählt und sind damit parlamentarisch unterlegen; sie erhalten jetzt von ihrem Gegner Herriot die Quittung dadurch, daß Frankreich jetzt den früheren Kriegszustand mit dem Vatikan wieder in Kraft treten lassen will; die französische Botschaft bei der Kurie soll zurückgezogen werden. Daher erklärt sich das Temperament der elsässischen und lothringischen Abgeordneten bei ihren Angriffen auf Herriot. Sie spielen die Übernationalisten und drohen natürlich besonders mit der deutschen Gefahr. Diese steht überhaupt im Vordergrund. Die Elsässer reden davon, Herriot spricht darüber und auch Briand läßt einige entsprechende Rederaketen steigen. Die Melodie ist überall dieselbe, nur die Nuancen sind verschieden. Einig sind sich alle darüber, daß Deutschland noch nicht „moralisch abgerüstet" habe. Eine neue Pointe dabei aber entdeckt Herr Herriot, indem er sich zu dem Glauben bekennt, es gebe — zwei verschiedene Deutschland. Nämlich Leute, die jeder Aussöhnung und jedem Frieden abhold sind, und dann die andern. Herriot will liebenswürdigerweise nicht alle Deutschen in einen Topf werfen, weil man sonst auf jede Entspannungspolitik verzichten und die Hoffnung auf den Frieden aufgeben müsse. Frankreich wäre ja zu seinem Leidwesen noch nicht in der Lage, von einem Tag auf den andern das Recht an die Stelle der Gewalt zu setzen, und Deutschland habe die Regierung nicht erhalten, auf die man in Frankreich gehofft habe.

Herriot kann ruhig alle Deutschen in jenen einen Topf werfen und hat es getan durch die Nichträumung von Köln, die Nichträumung des Ruhrgebietes. In der Beurteilung dieser beiden Tatsachen sind sich alle Deutschen einig, selbst die größten Friedensschwärmer schließen sich gar nicht aus. Und besser wird das alles nicht dadurch, daß Herriot die Beendigung der anfänglichen Ruhrpolitik nicht als eine Schwächung der Stellung Frankreichs ansehen will, sondern als eine Stärkung, denn jetzt könne man die Rheinfrage weit schärfer diskutieren, die eine wesentliche Frage für die Sicherheit Frankreichs sei, und darin habe er gesiegt. Er habe gesiegt in dem Bestreben, den Friedensvertrag zu verteidigen, den er nicht nur nach seinen Buchstaben, sondern auch nach seinem Geist zu interpretieren verstehe. Interpretieren, d. h. auslegen, das heißt nicht etwa, den Buchstaben nach ausführen, sondern — man verzeihe das harte Wort — dem Geiste nach. Ob das richtig oder falsch ist, wie da interpretiert wird, darüber entscheidet natürlich nur — Herriot. Und wenn wir seine Interpretation nicht anerkennen, dann verstoßen wir gegen den Versailler Vertrag. Derartige Ausführungen sind nicht gerade unbekannt in der französischen Kammer, denn schon Poincaré hat sich immer auf diesen Standpunkt gestellt.

Seinem Vorgänger schiebt nun Herriot die ganze Schuld dafür zu, daß Frankreich durch die Besetzung nicht alles das erreicht habe, was es wohl hätte erreichen können. Leider erläutert der französische Ministerpräsident diese etwas dunklen Worte nicht näher; aber wenn man sie mit den Ausführungen über die Rheinfrage zusammenhält, dann kann man sich ungefähr denken, was gemeint ist: die Erfüllung der alten französischen Wünsche zum Rheinland, die man jetzt mit allerhand schönen Fremdworten wie „Entmilitarisierung", „Neutralisierung" oder dergleichen bezeichnet. Und es ist überaus bezeichnend, daß Herriot sein Bedauern darüber ausdrücklich ausspricht, daß man von dem Völkerbund nicht verlangt hat, Ausnahmebestimmungen wirtschaftlicher Art, die der Friedensvertrag vorsieht, zu verlängern. Das bezieht sich naturgemäß auch auf die Handelsvertragsverhandlungen, bei denen man durch das Druckmittel der Ruhrbesetzung jene „Fehler" auszumerzen versucht, die durch die Unterlassungen des Völkerbundes nach Herriots Worten verursacht sind.

Herriots Stellung ist also überaus fest, und es war ihm ein leichtes, die Vorwürfe, die ihm von rechts her gemacht wurden, zurückzuweisen. Und das Ganze ist nicht mehr als ein kleines parlamentarisches Turnier, bei dem man sich gegenseitig nur mit der stumpfen Lanze anrennt. Denn die Rechte kann ja zufrieden sein mit Herriots Wirken. Darum kann sie es ihm nachsehen, wenn seine Worte so ganz anders lauten als seine Taten sprechen. Aber über dem Friedensgebäude, das er errichten will, stehen für das deutsche Auge in Flammenzügen: Nichträumung Kölns, Nichträumung des Ruhrgebiets.

Rücktritt der preußischen Regierung.

Stürmische Abstimmung im Preußischen Landtag.

tt. Berlin, 23. Januar.

Einen sonderbareren Tag hat das Preußenhaus wohl auch nicht erlebt als den heutigen. Die Entscheidung über das Verbleiben oder den Rücktritt des bisherigen Koalitionskabinetts, von dem sich die Deutsche Volkspartei durch Rücktritt ihrer Minister gelöst hat, sollte fallen. Und sie fiel auch, obwohl die Dinge jetzt nachher nicht um einen Punkt klarer dastehen wie vorher. Das kommunistische Mißtrauensvotum, für das Deutschnationale, Volksparteiler, Kommunisten, Freiheitspartei und Wirtschaftspartei stimmten, wurde mit 221 gegen 221 Stimmen abgelehnt, nach der Vorschrift, daß Stimmengleichheit Ablehnung bedeutet. Bei dem deutschnationalen Mißtrauensantrag gegen die einzelnen sozialdemokratischen Minister überstiegen die Jasager immer um einige Stimmen die Verneinenden — doch der Präsident des Hauses erklärte jedesmal die Ablehnung, weil nicht die verfassungsmäßige Mehrheit von 225 erreicht sei, was bei der Opposition starken Widerspruch auslöste. Zum Schluß gab es dann noch eine turbulente, fast komödienhafte Szene. Die Regierungsparteien Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten verließen den Saal, als über den nationalsozialistischen Vertrauensantrag entschieden werden sollte, mit der diese Gegner des Kabinetts es zu fällen versuchten. So wurden 223 Stimmen abgegeben. Der Präsident erklärte das Haus für beschlußunfähig und verließ den Saal. Ein Kommunist stürmte auf den Präsidentensitz, ergriff unter ohrenbetäubendem Lärm, auch von den Trübünen, die Glocke und der Skandal endete mit dem Absingen der Internationale. Eine seltsame Sitzung und ein seltsamer Ausgang.

•

Sitzungsbericht.

(3. Sitzung.) tt. Berlin, 23. Januar.

Das Haus und die Tribünen sind stark besetzt. Auf der Tagesordnung steht zunächst der Antrag der Kommunisten, weitgehende Amnestie zu gewähren. Abg. Göbel (Zentrum) berichtet in längeren Ausführungen über den Ausschußantrag, den kommunistischen Antrag abzulehnen.

Abg. Dr. Körner (Freiheitspartei) erklärt, daß seine Partei auch für Amnestie sei. Gemeine Verbrechen dürfen nicht amnestiert werden. Wir sind für den Antrag, lehnen aber seine Begründung ab. Wir behalten uns vor, demnächst selbständige Amnestieanträge einzubringen. Hierauf wird die Beratung zur Vornahme der

Abstimmung zur Vertrauensfrage

unterbrochen. Abgestimmt wird zunächst werden über den kommunistischen Antrag: Das Staatsministerium besitzt nicht das Vertrauen des Landtags.

In der Begründung des Antrags wird dem Ministerium vorgeworfen, daß es die Interessen der werktätigen Bevölkerung nicht zur Richtschnur seiner Politik mache. Es habe nichts getan gegen den Raub des Achtstundentages, gegen Betriebsstillegung und Kurzarbeit, gegen Niederhaltung der Löhne und Gehälter, gegen Annahme der Dawes-Gesetze. Nach längerer Geschäftsordnungsaussprache wird abgestimmt. Die Abstimmung hat folgendes Ergebnis:

Abgegeben wurden 442 Stimmen. Enthalten hat sich niemand, ungültig war keine Stimme. Mit Ja haben gestimmt 221, mit Nein gleichfalls 221. (Minutenlanges Händeklatschen links und in der Mitte.) Der kommunistische Antrag auf Entziehung des Vertrauens ist damit, nach den Bestimmungen der Geschäftsordnung, wonach die Hälfte der gesetzlichen Mitgliederzahl des Landtags, also 225 Abgeordnete für den Antrag stimmen müßten, abgelehnt.

Es folgt die namentliche Abstimmung über den Antrag Dr. Winckler (deutschnational), dem Ministerpräsidenten, dem Finanzminister, dem Kultusminister, dem Innenminister und dem Handelsminister das Vertrauen zu entziehen.

Die Ämter des Finanzministers und des Kultusministers werden zurzeit vom Ministerpräsident Braun verwaltet. Innenminister ist Severing, Handelsminister Siering. Die Abstimmung wird getrennt vorgenommen:

Bei der Frage, ob dem Ministerpräsidenten Braun das Vertrauen in seiner Eigenschaft als Kultusminister zu entziehen sei, stimmen 437 Abgeordnete ab und zwar mit „Ja" 220, mit „Nein" 217. Landtagspräsident Bartels erklärt unter starkem Widerspruch von Rechts, der Antrag sei abgelehnt, da er die verfassungsmäßige Mehrheit von 225 Stimmen nicht erhalten habe. Bei der folgenden Abstimmung über Braun als Finanzminister wurden mit „Ja", also für das Mißtrauensvotum 221, mit „Nein" 218 Stimmen abgegeben. Präsident bezeichnet auch hier den Antrag für abgelehnt aus dem gleichen Grunde wie bei der vorigen Abstimmung.

Vertreter der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen erklären, daß sie sich alle Schritte gegen die nach ihrer Ansicht unrichtige Entscheidung des Präsidenten vorbehalten. Noch größeren Widerspruch erheben die gleichen Parteien wie auch die Kommunisten, als dann die Generalabstimmung über den Antrag gegen den Ministerpräsidenten, den Innenminister und den Handelsminister erfolgt.

Für den Antrag, dem Ministerpräsidenten Braun, dem Innenminister Severing und dem Handelsminister Siering das Vertrauen zu entziehen, stimmen 221, dagegen 218 Abgeordnete. Der Präsident gibt bekannt, auch dieser Antrag sei abgelehnt.

Eine lange Geschäftsordnungsdebatte entspinnt sich. Abg. Schlange-Schöningen (Dnat.) die Rechtsfrage sei zugunsten der Antragsteller entschieden, nur Spitzfindigkeiten könnten den Tatbestand verdunkeln. Abg. Koch (Dnat.) betont, seine Partei werde die sichergebenden politischen Konsequenzen mit größter Schnelligkeit ziehen. Ebenso äußern sich die volksparteilichen Redner, während Demokraten und Sozialdemokraten den entgegengesetzten Standpunkt vertreten. Wiederholt stoßen die Meinungen hart aufeinander und es kommt zu allgemeiner Unruhe und großem Lärm. Schließlich wendet sich das Haus der

namentlichen Abstimmung über den Vertrauensantrag

zu, den die Nationalsozialisten eingebracht haben. Nachdem die Abgg. Baecker-Berlin (Dnat.) und v. Campe (D. Vp.) noch einmal die verfassungsrechtlichen Bedenken gegen die Abstimmungen dargelegt hatten, erfolgt die Abstimmung. An der Abstimmung beteiligen sich Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten nicht, sie verlassen zum Teil den Saal.

Als Resultat der Abstimmung teilt der Präsident mit: es sind 223 Stimmen abgegeben worden. Das Haus ist also beschlußunfähig.

Ungeheurer Tumult bricht nun aus. Zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten scheint sich ein Handgemenge entwickeln zu wollen. Die Worte des Präsidenten, der die nächste Sitzung festsetzt, gehen in dem tosenden Lärm unter. Von der Tribüne hört man lärmende Kundgebungen. Die Kommunisten antworten darauf. Präsident Bartels stellt die Tagesordnung für die nächste Sitzung am Dienstag, den 3. Februar fest und verläßt seinen Platz.

Ein Kommunist auf dem Präsidentensitz.

Unmittelbar darauf stürzt der kommunistische Abg. Pieck auf den Präsidentensitz, reißt die Präsidentenglocke an sich und übernimmt unter dem tosenden Beifall seiner Fraktion und ungeheurem Tumult den Vorsitz. Es wird ein Hoch auf die Internationale ausgebracht, in das von der Tribüne aus eingestimmt wird. Die Internationale wird gesungen.

Unter großer Erregung und heftigen Auseinandersetzungen zwischen einzelnen Abgeordneten und den Tribünenbesuchern leert sich das Haus langsam.

•

Rücktritt der preußischen Regierung.

Berlin, 23. Januar. Wie von amtlicher preußischer Seite erklärt wird, hat Ministerpräsident Braun des Preußischen Landtages in einem kurzen Schreiben Mitteilung von dem Rücktrittsbeschluß des Kabinetts gemacht. Zur Besprechung der Geschäftslage hat Landtagspräsident Bartels den Aeltestenrat für Sonnabendvormittag 11 Uhr einberufen. Der Präsident beabsichtigt, dem Aeltestenrat vorzuschlagen, am Anfang der nächsten Woche eine neue Sitzung abzuhalten, die den Tag für die Neuwahl festsetzen soll.

Das Rücktrittschreiben Brauns.

Berlin, 23. Januar. Wie der amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, hat Ministerpräsident Braun im Laufe des heutigen Abends an die Präsidenten des Landtages folgendes Schreiben gerichtet: Ich beehre mich, ergebenst mitzuteilen, daß das Kabinett heute beschlossen hat, in seiner Gesamtheit zurückzutreten. Wenn auch das Ergebnis der heutigen Abstimmungen des Landtages das Kabinett verfassungsrechtlich nicht zwangen, zurückzutreten, hat es gleichwohl den Rücktritt beschlossen, da die Haltung der Parteien ein ersprießliches Arbeiten für das Wohl des Landes nicht mehr gewährleistet.

Amerikanische Angriffe gegen Frankreich.

Um die Schuldenregelung.

Die Rede des Abgeordneten Marin in der französischen Kammer, die sich gegen die Abzahlung der Kriegsschulden Frankreichs an die Vereinigten Staaten richtete, veranlaßte den Senator Borah im Senat zu den schärfsten Worten über die französische Schuldenfrage. Riesige Zu-

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF